

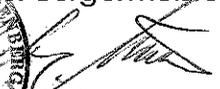
STADT RODENBERG
Landkreis Schaumburg
Regierungsbezirk Hannover

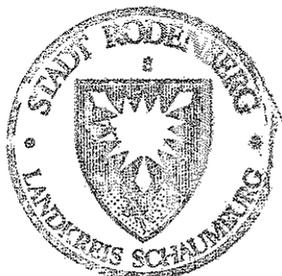
Bebauungsplan Nr. 29 A „Suntalstraße - West“, 2. Änderung

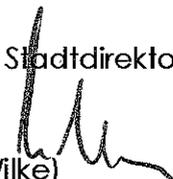
Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in Verbindung mit § 40 der Nds. Gemeindeordnung hat der Rat der Stadt Rodenberg diesen Bebauungsplan Nr. 29 A „Suntalstraße - West“, 2. Änderung, bestehend aus der nachstehenden textlichen Festsetzung als Satzung beschlossen.

Rodenberg, d. 20. Januar 1998

Stadt Rodenberg

Der Bürgermeister

(Meier)



Der Stadtdirektor

(Wilke)

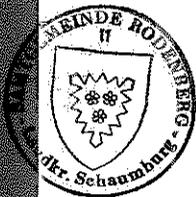
Textliche Festsetzung:

Die textliche Festsetzung des Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Auf den nicht überbaubaren Grundstücksteilen entlang der öffentlichen Verkehrsflächen sind neben Einfriedungen auch Garagen und Nebenanlagen mit mindestens 3 m Abstand zur Grundstücksgrenze an der öffentlichen Verkehrsfläche und Carportanlagen mit mindestens 1 m Abstand zur Grundstücksgrenze an der öffentlichen Verkehrsfläche zulässig.

Hinweis:

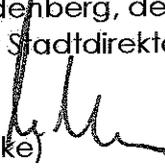
Für diesen Bebauungsplan ist die Verordnung über die bauliche Nutzung 1990 (BauNVO 1990) maßgeblich.



Verfahrensvermerke:

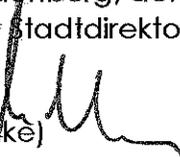
1. Der Verwaltungsausschuß der Stadt Rodenberg hat in seiner Sitzung am 22.01.1997 die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 29 A „Suntalstraße-West“, 2. Änderung beschlossen. Der Aufstellungsbeschluß ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 14.03.1997 ortsüblich bekanntgemacht.

Rodenberg, den 20.01.1998
Der Stadtdirektor


(Wilke)

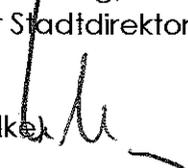
2. Der Verwaltungsausschuß der Stadt Rodenberg hat in seiner Sitzung am 22.01.1997 dem Entwurf des Bebauungsplans und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 14.03.1997 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplans und der Begründung haben vom 25.03.1997 bis 24.04.1997 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Rodenberg, den 20.01.1998
Der Stadtdirektor


(Wilke)

3. Der Rat der Stadt Rodenberg hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 19.12.1997 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

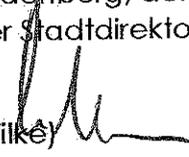
Rodenberg, den 20.01.1998
Der Stadtdirektor


(Wilke)

4. Der Satzungsbeschluß des Bebauungsplanes ist im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Hannover Nr. 4/1998 vom 18.02.1998 bekanntgemacht worden.
Der Bebauungsplan ist damit am 18.02.1998 rechtsverbindlich geworden.

Rodenberg, den 20.02.1998
Der Stadtdirektor

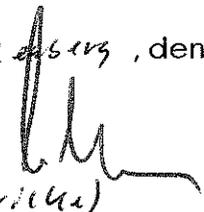
(Wilke)



5. Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplans nicht geltend gemacht worden.

Rodenberg, den 30. 10. 2001

(Wilke)



6. Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden.

, den